



Telefon +41 (0)52 632 73 61  
Fax +41 (0)52 632 72 00  
staatskanzlei@ktsh.ch

An die Medien

## **Medienmitteilung**

### ***Regierungsrat und Stadtrat trafen sich zu gemeinsamer Aussprache***

Der Regierungsrat und der Stadtrat Schaffhausen haben sich am Dienstag zu ihrer periodischen gemeinsamen Sitzung getroffen. Regierungsrat und Stadtrat haben dabei den Willen zur Verstärkung der Zusammenarbeit zu Beginn der neuen Legislaturperiode bekräftigt und das beidseitige Interesse an einem konstruktiven Ergebnis des Projektes sh.auf unterstrichen. Bereits heute arbeiten Kanton und Stadt Schaffhausen in verschiedensten Bereichen wie Polizei, Finanzkontrolle, Informatik, Forst, Wirtschaftsförderung, Kultur, Sonderschulen, Zivilstandswesen eng und gut zusammen. Die vom Regierungsrat beschlossene Verlängerung der Vernehmlassungsfrist "sh.auf" bis Ende Juni 2005 wurde vom Stadtrat begrüsst.

An der gestrigen Sitzung lancierten die beiden Exekutiven ein neues gemeinsames Projekt. Dem Regierungsrat und dem Stadtrat bereiten die bestehende Arbeitslosigkeit, vor allem der Jugendlichen, Sorge. Stadt und Kanton wollen deshalb die Initiative zur Schaffung von Praktikumsplätzen innerhalb der Verwaltung für Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger ergreifen. Die beiden Personaldienste werden beauftragt, zusammen mit den Abteilungen ein Programm für zusätzliche Praktikumsplätze zu realisieren.

Ein weiteres Thema der Aussprache war das Schwerverkehrskontrollzentrum im Güterbahnhof Schaffhausen. Der Regierungsrat und der Stadtrat sind sich einig über die Notwendigkeit eines solchen Zentrums in Schaffhausen. Da es sich bei den der Baubewilligung unterliegenden Objekten um gewerbliche Bauten handelt, ist das kantonale Bauinspektorat erstinstanzliche Baubewilligungsbehörde. Der Stadtrat hat das Baugesuch am 1. März 2005 mit dem Antrag auf Erteilung der Bewilligung dem Kanton überwiesen. Es ist aus Sicht beider Exekutiven eine rasche Realisierung nötig, damit der Schwerverkehr von Norden her vor dem A4-Tunnel kontrolliert werden kann. Bei einer Verlegung des Kontrollzentrums südlich des Rheins müsste in Kauf genommen werden, dass potenziell gefährliche Lastwagen die A4-Tunnels unkontrolliert passieren würden oder schon vor Schaffhausen die Nationalstrasse verlassen und das Kon-

trollzentrum auf Lokalstrassen umfahren würden. Beides wäre mit unverantwortbaren Risiken auf den Schaffhauser Strassen verbunden.

Weiter wurde der Stand gemeinsamer Projekte besprochen und das weitere Vorgehen festgelegt. Bei der Zusammenführung der Tiefbauämter sind sich der Regierungsrat und der Stadtrat einig, in einem ersten Schritt einen gemeinsamen Werkhof mit gemeinsamer Werkstatt zu realisieren. Dazu wird im Frühling 2005 eine entsprechende Arbeitsgruppe eingesetzt. Für die Gemeinde Neuhausen am Rheinfall besteht die Möglichkeit, sich dieser Lösung anzuschließen. Die Zusammenarbeit zwischen der EKS AG und den Städtischen Werken soll rasch weiter optimiert werden. Es werden Leistungsvereinbarungen in mehreren Sachbereichen realisiert.

Schaffhausen, 2. März 2005

*Staatskanzlei und Stadtkanzlei Schaffhausen*